

Kein Blatt vor Mund nehmen

Körperschaften haben klare Erwartungen an neue Bundesregierung

Die Bundestagswahl hat auch die Weichen für die Gesundheitspolitik neu gestellt. Die zahnärztlichen Körperschaften haben hohe Erwartungen an den Neuen oder die Neue im Bundesgesundheitsministerium.

Die Rahmenbedingungen der zahnärztlichen Berufsausübung hängen in zunehmendem Maße von Entscheidungen des Gesetzgebers ab. Seit Jahren ist unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheitsverhältnissen eine Tendenz zu mehr Zentralismus im deutschen Gesundheitswesen erkennbar. Auch der staatliche Einfluss auf die Therapiefreiheit wächst kontinuierlich. Hinzu kommt die staatlich verordnete Digitalisierung des Gesundheitswesens, die für die Zahnarztpraxen mit hohem Aufwand und wenig Nutzen verbunden ist.

Die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) hat bereits im Juli die Agenda Mundgesundheit 2021-2025 verabschiedet. Darin heißt es: „Wir stehen für eine Verbesserung der Mundgesundheit, für eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe, flächendeckende Versorgung, für den Erhalt von Freiberuflichkeit und für eine starke Selbstverwaltung. Auf dieser Grundlage fordern wir die Politik auf, das duale System von GKV und PKV zu erhalten, Präventionserfolge

und die Versorgung vulnerabler Gruppen auszubauen, Innovationen zu fördern und die Praxen von Bürokratie zu entlasten, die Niederlassung zu fördern und die Vergewerblichung durch iMVZ einzudämmen. Gemeinsam mit der Politik gilt es, Lehren aus der Corona-Pandemie zu ziehen und die Krisenreaktionsfähigkeit des vertragszahnärztlichen Versorgungssystems zu stärken.“

Noch deutlicher positionieren sich Kammer und KZV in Westfalen-Lippe. Unter dem Motto „Maske ja. Aber kein Blatt vor den Mund nehmen“ haben die beiden Körperschaften ein Positionspapier veröffentlicht. Wie die Bundesebene sprechen sie sich klar für den Erhalt des dualen Systems von GKV und PKV sowie gegen den weiteren Vormarsch investorenfinanzierter medizinischer Versorgungszentren in der Zahnmedizin aus.

Gigantische Erfassungsbürokratie

Diese Themen haben auch KZVB und BLZK aufgegriffen und dazu eigene Internetseiten erstellt. Die Vorstände und Präsidenten beziehen dort klar Stellung. Christian Berger warnt als Präsident der BLZK vor zusätzlicher Bürokratie durch die Bürgerversicherung. „Freiberufler und Selbstständige haben bekanntlich schwankende Einkünfte. Diese müssten jedes Jahr auf das Genaueste erfasst

den

Foto: sljubisa - stock.adobe.com

und kontrolliert werden, wenn in Zukunft alle Einnahmen, also auch Mieten und Kapitalerträge, beitragspflichtig sein sollen. Es braucht eine gigantische Erfassungs- und Verwaltungsbürokratie für die Beitragsermittlung.“

Mittelmaß für alle

Vizepräsident Dr. Rüdiger Schott ergänzt: „Neue Verfahren, Medikamente und Technologien werden heute in den meisten Fällen erst den privat Versicherten angeboten, ehe sie eines Tages Teil des GKV-Leistungskatalogs werden. Die Einheitsversicherung würde dazu führen, dass es kaum mehr Innovationen in der Medizin und Zahnmedizin gibt. Das Ergebnis wäre eine mittelmäßige Versorgung für alle Versicherten, wie wir sie etwa aus Großbritannien kennen. Im dortigen NHS bekommen nur Selbstzahler schnell einen Zahnarzttermin, alle anderen müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Wer es sich leisten kann, wird sich die optimale Versorgung außerhalb der Bürgerversicherung auf dem zweiten Gesundheitsmarkt beschaffen.“

„TI einstampfen“

Dr. Manfred Kinner, der innerhalb des Vorstands der KZVB für den Bereich IT zuständig ist, fordert einen „Reset“ bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens: „Die Digitalisierung des Gesundheitswesens darf kein Selbstzweck sein. Im Moment haben wir Zahnärzte durch die Digitalisierung viel zusätzlichen Aufwand ohne einen echten Nutzen. Wenn sich das nicht ändert, wird die jetzt schon geringe Akzeptanz für die Telematik-Infrastruktur in den Praxen weiter ins Bodenlose sinken. Auch beim Datenschutz sind viele Fragen offen. Der Bundesdatenschutzbeauftragte fordert zu Recht Nachbesserungen bei der elektronischen Patientenakte (ePA). Der neue Gesundheitsminister sollte die Chance nutzen und die verkorkte und schon heute veraltete Telematik-Infrastruktur einstampfen.“ Ob die Zahnärzteschaft mit ihren Forderungen Gehör findet, ist angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag mehr als fraglich. Spätestens der Koalitionsvertrag wird zeigen, wohin die gesundheitspolitische Reise geht.

Foto: Tomasz Warszewski - stock.adobe.com



Deutschland hat gewählt. Die neue Bundesregierung steht gerade im Bereich der Gesundheitspolitik vor großen Herausforderungen.

Leo Hofmeier

Preisgünstiger Qualitäts-Zahnersatz MADE IN GERMANY

- Seit über 30 Jahren spezialisiert auf hochwertige Kombi- und Implantattechnik
- Ihre Patienten können am Eigenanteil bis zu 50% einsparen
- Herstellung aller Arbeiten in unserem Mannheimer Meisterlabor
- TÜV zertifiziertes Qualitätsmanagement
- Einfache, schnelle Logistik sowie Lieferung deutschlandweit

SAARBURGER RING 30 • 68229 MANNHEIM



LAUFER
ZAHNTECHNIK
WWW.LAUFER-ZAHNTECHNIK.DE



Freecall-Nr.
**0800-
77 88 123**

aus dem
deutschen Festnetz

HABEN WIR IHR INTERESSE GEWECKT? KONTAKT@LAUFER-ZAHNTECHNIK.DE